

Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.
Haber & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag:
Gedr. Arnold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühren monatlich 2.00 M. Durch
in Post bezogen vierteljährlich 6.00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 8.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Meißnerplatz 10, Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Meißnerplatz 10, Tel. 25261.
Verlagszeitung von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 7 gelbste Kompartimente 90 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die übrigen Kompartimente 5 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an be-
gehrten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Schriftwechselungen 20 Pf.

Nr. 281

Dresden, Freitag den 5. Dezember 1919

30. Jahrg.

Mäßigung der Entente?

Die 400000 Tonnen

Paris, 5. Dezember. Der Pariser Berichterstatter der
Nationalen Zeitung meldet, der Widerstand der deut-
schen Regierung gegen die Unterzeichnung der Verpflichtung
zur Ablieferung von 400000 Tonnen Eisenmaterial scheint
in Paris einen gewissen Widerhall gefunden zu haben. Man
scheint sich genügend Rechenschaft von der Lage der deutschen
Regierung und werde nicht dazu beitragen, daß die Regie-
rung zwischen Revolution und Restauration zerrissen wird.

Man merkt die Absicht...

Paris, 5. Dezember. Die neue Note, in der Clemen-
taux Widerspruch erhebt gegen die angeblichen Armeeverfäls-
chungen, ist, wie die Haltung der französischen Presse schon
in einigen Tagen erkennen läßt, vor allem darauf berechnet,
die die Pläne Stimmung zu machen, welche die französische
Majorität mit Hilfe Clemenceaus so schnell als möglich
in der neuen Deputiertenkammer zur Annahme bringen
möchte. Die Kammer tritt nächsten Montag zusammen, und
die Regierung wird ihr, wie der Bericht Parisien ankündigt,
eine Vorlage über eine Aeregierung der Militär-
planung unterbreiten.

Unterredung mit Herrn Lerdner

Paris, 5. Dezember. Ein Korrespondent der Agentur
Haber hatte eine Unterredung mit Herrn von Lerdner, dem
Vertreter der deutschen Abordnung auf der Friedens-
konferenz über Deutschlands Absichten wegen der Unter-
zeichnung des Versailler Protokolls vom Vertrag von Versailles. Herr
Lerdner betonte, daß der heftigste Wunsch seiner Regie-
rung nach Inkrafttreten des Vertrages ginge, aber Deutschland
keine die Erweiterungen zum Versailler Protokoll, die in
dem Vertrag selber nicht vorgesehen sind, bedingungslos nicht
unterzeichnen.

Adresse des amerikanischen Vorsitzenden

Paris, 5. Dezember. Herr Wolf, Vorsitzender der
amerikanischen Delegation, der, wie gemeldet, die Absicht
hat, schon diese Woche nach Amerika zurückzukehren, seine
Adresse auf Ersuchen Clemenceaus veränderte, wird
diese Woche durch Herrn White, dem früheren amerikani-
schen Vorkämpfer in Paris, ersetzt werden.

Ententehilfe für Wien

Die Entente scheint denn doch zu erkennen, wie wenig ihr
in einem wirtschaftlichen Zusammenbruch der Besetzten gelegen
sein kann. Die fürstliche Kolonne Wien verlangt sie zu
begünstigen, denen im Interesse der unglücklichen Stadt nur
ein wenig geholfen werden kann. Der Oberste Rat beschloß eine Kom-
mission zu ernennen, die mit der Verteilung des rollenden
Materials unter den verschiedenen Staaten Österreichs beauf-
tragt ist. In die Ernennung einer Kommission in ihrer praktischen
Bedeutung eine sehr wenig fruchtbarere Handlung, so wird sie hier
zu einem Nichts dadurch, daß noch ein Embargo zu be-
wahren ist, ob der Ausschub überhaupt zuzulassen soll.

Wesentlich ist schon, was man über die Konferenz des
Staatsanwaltes Renner und des Staatssekretärs der wirtschaft-
lichen Österreichs mit den Vertretern Englands,
Frankreichs, Amerikas, Italiens und Japans er-
hält, die am Mittwoch in Wien stattfand. Der Staatsminister hat
bei den Besatzern, ihre Regierungen und die Pariser Konferenz um
Linderung auf folgende Fragen zu ersuchen:

1. Ist die Friedenskonferenz geneigt, einen Tag zwischen dem
14. und 15. Dezember zu bestimmen, an dem der Staats-
minister und die beteiligten Staatssekretäre ihre Bitten per-
sönlich in Paris vorbringen könnten, um die unmittelbare
Entscheidung zu erreichen?

2. Steht die Erledigung wenigstens in der Kreditfrage ehe-
dem schon in den nächsten Tagen bevor, so daß eine diebezügliche
unendliche Vorberingung in Paris entfallen könnte?

3. Herr erklärte der Staatssekretäre für Währungsangelegen-
heiten, sofortige Hilfe durch Ausgab von Wertpapieren für den
Währungsbedarf von 500000 Tonnen, ferner die Gewährung eines
Kreditbetrags sowie Bereitstellung des erforderlichen Kredits, um
die unbedingte Erfüllung der Besatzern die Währungsangelegen-
heiten zu erleichtern. Die Besatzern erklärte, daß Italien mit der Verschiffung
von 100000 Tonnen bereits begonnen habe, und daß
eine ähnliche Verschiffung über die Verschiffung weiterer
200000 Tonnen Wertpapiere in nächster Zeit zu erwarten sei.

4. Die Verschiffung dieser Wertpapiere werde aus dem von dem
Besatzern-Dollars-Kredit herührenden Rest von ungefähr vier
hundert Millionen erfolgen.

Der Staatssekretäre für Handel und Gewerbe, Ferdin.
Lerdner, erklärte die trostlose Kohlenlage, die 2500000 Tonnen
Werte monatlich aus Österreich in den Besatzern zu liefern seien.
Lerdner habe die französische Regierung ersucht, die Besatzern
den Besatzern Regierung zur Übertragung der Kohlenanleihe an
Österreich zur Verfügung gestellt.

Der Vertreter des Staatsanwaltes für Verkehrsangelegenheiten,
Elliott, erklärte, legte die traurige Lage dar. Der
Besatzern erklärte, er würde, wie auf den Besatzern des Besatzern
Besatzern, eine internationale Kommission einrichten, die die Trans-

portwege zwischen Österreich und den Nachbarstaaten regeln soll.
Der Staatssekretäre für Finanzen legte die katastrophalen
finanziellen Folgen dar, die die Beschaffung
der Lebensmittel gegen Vorkauf für die öster-
reichischen Staatsfinanzen habe.

Der amerikanische Oberkommissar Saltschick erklärte, namens
seiner Kollegen, daß sie die vorgetragenen Wünsche ihrer Regie-
rungen sofort übermitteln würden.

Der Staatsminister betonte zum Schluß die Einmütig-
keit der Nationalversammlung und der Staatsregierung, den
Besatzern Friedensvertrag zu erfüllen, aber zuerst müsse das
ökonomische und politische Dasein Österreichs
gesichert werden. Politisch befinden wir uns, sagte der Staats-
minister, mit unsern Nachbarstaaten in immer besseren Beziehungen.
Für eine einzige politische Gefahr besteht, die in den letzten Tagen
aufgetaucht ist, und die unsere materiellen Not noch zusätzlich ver-
mehrt und Teile unseres Landes ermatet, von Teufelsdröckchen ab-
zuweisen. Die österreichische Regierung hat alle moralischen Mittel
aufgeboten, um das Land von einer solchen Entscheidung abzu-
halten. Wird von den Alliierten nicht rasch die Notwendigkeit
solcher Unternehmungen ausgesprochen und jedermann klar gemacht,
daß derartige Verjüngung nicht abzuwehren sind, dann wird die Anfechtung
bewegung weitergehen. Dann aber ist das Schicksal, das den
Arbeiten geschehen hat, nicht mehr vorhanden. Wien wäre die
Wohlfahrt, daß ein Verzweiflungsausbruch der Wiener Be-
wässerung zu befürchten wäre.

Angehore Preise für Lebensmittel in Österreich

Österreich steht unmittelbar vor der Erhöhung des Preises
von 1250 Gramm Brot von zwei Kronen auf fünf Kronen. Nach-
dem es sich ohne Unterschied der Beschaffenheit sechs Kronen
für das Kilogramm kosten. Der Fleischpreis wird im Durch-
schnitt von 42 auf 78 Kronen erhöht werden. Das rasche Steigen
der österreichischen Inflations hat die Preise für ausländische Nahrungsmittel
besonders gesteigert, daß bei den jetzt abgelaufenen
Möhlen gegenüber den gegenwärtig geltenden Preisen der Staat
bei jedem Satz von neun Kronen, bei jedem Liter
Weißbrot zwei Kronen Aufschlag zu leisten hat. Dadurch
erhöht sich der Wert und Reicht für den Staat ein tägliche Ver-
lust von 18 Millionen Kronen. In der Nationalver-
sammlung hat der Staatssekretäre für Finanzen einen Nachtrag
kredit von 2000 Millionen Kronen eingebracht.

Polens galizisches Mandat

Warschau, 5. Dezember. Das polnische Pressebureau
meldet, daß Paderewski ein Telegramm aus Paris er-
halten hätte, wonach die Friedenskonferenz eingewilligt habe,
Polen ein Mandat von 25 Jahren für Galizien zu
geben, wenn diese Provinz eine gewisse Autonomie er-
halte. Sie müßte in Lemberg ein besonderes Parlament
haben und ihre Armee dürfe von Polen nur zur Ver-
teidigung benutzt werden. Die Polen seien von Galizien
haben sich bezeugen zu Paderewski begeben und
dieser sagte, er habe eine halbamtliche Nachricht aus Paris
erhalten, daß das Schicksal Galiziens noch nicht ent-
schieden sei. Die polnische Abordnung in Paris hätte
Befehl erhalten, jene Lösung nicht anzunehmen.

Deutschlands Gewerkschaften für die Gefangenen

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund
hat an die Arbeiterschaft aller Länder und besonders an
die französischen Arbeiter und Gewerkschaften
einen dringenden Appell gerichtet, sich für die Zurückführung
der deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Der Aufruf weist
darauf hin, daß immer noch die deutschen Söhne und Brüder
in französischer Kriegsgefangenschaft schmachten, trotz-
dem Deutschland sich erbötig gemacht habe, mit eigenen
Mitteln und eigenen Arbeitern am Wiederaufbau der zer-
störten Gebiete in Frankreich mitzuarbeiten. Die Zurückführung
sei ein Schand- und Brandmal für die angeblich
ritterlichste Nation der Welt. Es gewinne fast
den Anschein, als wolle die französische Regierung durch ganz
besonders raffinierte Maßnahmen den völligen physischen und
psychischen Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeiführen.
Der Aufruf ermahnt die französischen Arbeiter, sich dessen
bewußt zu sein, daß sich durch die Stillenarbeit der
deutschen Kriegsgefangenen das französische Unternehmertum
die Taschen fülle, und führt fort:

Seht Ihr nicht, wie die deutschen Kriegsgefangenen zu-
gleich auch dazu mißbraucht werden, um Eure eigenen be-
rechtigten Forderungen niederzuhalten, daß sie, die Kriegs-
gefangenen, gebraucht werden, um sie gegen Euch auszunutzen
zu können, wenn Ihr es wagen wolltet, einen gerechteren
Anteil am Ertrage Eurer Arbeit zu fordern?

Wenn Ihr das einseht — und Ihr müßt es erkennen,
daß es so ist —, dann richtet mir an Euch, französische Ar-
beiter und Massenorgane, die ganz besondere Aufmerksamkeit,
und in unserm Kampfe um die Befreiung unserer gefangenen
Brüder wirksam zu unterstützen.

Wenn Ihr das nicht tun wollt, dann fällt auf Euch die
Verantwortung dafür, daß in der Weltgeschichte das franzö-
sische Volk den Namen und Ruf einer Kulturnation für immer
verliert.

Die Entwicklung unseres Bergbaues

Von Friedrich Meis

Unter den einzelnen Industriezweigen ist der Berg-
bau wohl derjenige, dem jetzt die größte Aufmerk-
samkeit zugewendet wird. Er ist sozusagen die
Seele unserer Gütererzeugung, denn er versorgt diese mit den
unerlässlichen Kräften, mit dem lebendigen Odem. Jeht
es an Kohlen, so stehen unsere Maschinen, die nun einmal den
Hauptbestandteil unserer Produktionsmittel bilden. Nur zu
oft und zu schmerzlich haben wir das schon in der Wirklich-
keit feststellen müssen. Die gegenwärtige Notlage ist
bis zu einem gewissen Grade ein Rätsel, denn die außer-
ordentlichen Veränderungen im Bergbau sind immerhin unvor-
hergesehen. Nehmen wir die Berichte der Knappschafts-Berufs-
genossenschaft zur Hand, bei der sämtliche Bergwerke und
Bergarbeiter gegen Unfall versichert sein müssen, so finden
wir, daß unser Bergbau eine jenseitige Ausgestaltung er-
fahren hat. Namentlich die Zahl der in ihm beschäftigten
Arbeiter hat ständig zugenommen. Es läßt sich seit Beginn
jener Berufsgenossenschaft folgendes feststellen:

Jahre	Betriebe	Arbeiter	Löhne im ganzen Millionen Mark	Auf einen Arbeiter in Mark
1890	1608	843 704	270	7,39
1896	1822	446 942	416	9,37
1906	2196	689 946	601	12,63
1916	1888	708 614	1285	18,14
1917	1687	777 610	1871	24,06
1918	1644	800 340	2442	30,52

Nach der angegebenen Zahl von Arbeitern im Jahre
1918 waren nach 168242 Kriegsgefangenen beschäftigt, die
208 Millionen Mark an Entlohn erhielten. Die Zahlen zeigen,
daß der Bergbau durch Vermehrung der Betriebe, Ein-
stellung von Arbeitern nur, befreit war, die Leistungsfähig-
keit zu heben. Die Löhne haben sich allein seit 1916 ver-
doppelt. Von den einzelnen Zweigen des Bergbaues ist
der umfangreichste der Steinkohlenbergbau. Die
Zahl der Betriebe in ihm ist in den letzten Jahren ungefähr
die gleiche geblieben, sie vermehrte sich nur von 319 im Jahre
1913 auf 354 im Jahre 1918. Die Zahl der Arbeiter ver-
minderte sich zunächst von 689 347 im Jahre 1913 auf 692 163
im Jahre 1917, erhöhte sich aber sodann wieder auf 610 241
im Jahre 1918. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters er-
höhte sich von 1465 Mark im Jahre 1913 auf 3233 Mark im
Jahre 1918. Im Braunkohlenbergbau vermehrte sich die Zahl der Betriebe
von 493 im Jahre 1913 auf 514 im
Jahre 1918; die Zahl der Arbeiter verminderte sich jedoch von
77 876 auf 72 983, der Durchschnittslohn erhöhte sich von 1307
auf 2500 Mark. Die Erzsgruben und Metallhütten
vermehrten sich von 432 im Jahre 1913 auf 538 im Jahre
1918. Die Zahl der Arbeiter verminderte sich jedoch von
88 397 auf 79 308. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters
erhöhte sich von 1355 auf 2474 Mark. Die erhebliche Ein-
schränkung fand der Salzbergbau. Von 1913 zu 1918
verminderte sich die Zahl der Betriebe von 268 auf 244, die
der Arbeiter von 49 864 auf 23 988. Die Löhne nahmen hier
nur eine geringe Steigerung, nämlich von 1462 auf 2194
Mark für den Arbeiter. Auch die „andre Mineral-
gewinnung“ fand eine starke Verminderung. In dem
angegebenen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Betriebe
von 436 auf 294, die der Arbeiter von 13 321 auf 8829. Der
Durchschnittslohn erhöhte sich von 1170 auf 2125 Mark.

Bemerkenswert ist die Gestaltung der Unfall-
gefahren und Unfallschäden. Die Zahl der zu ent-
schädigenden Unfälle vermehrte sich bei der Berufsgenossen-
schaft überhaupt von 2267 im Jahre 1890 auf 5406 im Jahre
1896, 10 287 im Jahre 1906, 13 763 im Jahre 1913 und
14 198 im Jahre 1918. Dabei darf aber nicht aus dem Auge
gelassen werden, daß die Abkündigung der Unfallhelfen eine
immer engherziger geworden ist und die Zahl der Entschä-
digten im Verhältnis zur Zahl der gemeldeten Unfälle immer
geringer wird. Im Bergbau ist namentlich die Zahl der
durch Unfall getöteten Personen eine sehr große. Im Jahre
1918 fanden allein 2618 Personen den Tod. Infolge der
Vollstreckungen werden die auf einen Verstorbenen ent-
fallenden Unfallschäden deshalb immer geringer, weil nach wie
vor der 1800 Mark übersteigende Jahresarbeitserwerb nur
zu einem Drittel angerechnet wird. Im Jahre 1906 betrug
die auf 1000 Mark Lohnsumme entfallende Unfallschädigung
28 Mark, im Jahre 1917 jedoch nur 21,63 Mark, und
im Jahre 1918 nur noch 19,20 Mark.

Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft führt auch eine
Statistik darüber, aus welchen Ursachen die Unfälle ent-
standen sein sollen. Hiernach soll im Jahre 1918 in rund
71 v. H. der Fälle die „Gefährlichkeit des Betriebes an sich“,
in 25 v. H. der Fälle die „Schuld der Verletzten selbst“, in
rund 3 v. H. der Fälle die „Schuld der Mitarbeiter“ und in
etwa 1 (eins) v. H. der Fälle die „Mängel des Betriebes im
Besonderen“ den Anien an den Unfällen gegeben haben. Die
unvollständigen Unternehmen? Da ne läßt die Statistik zu-
sammenstellen, ist kein anderes Ergebnis zu erwarten.

Wenn wir trotz Analyse der Arbeiterzahl im Kohlen-
bergbau eine so drückende Kohlennot haben, so ist das an-